



Suchergebnisse: Auswärt

1. Mai 1316 – Ludwig der Baier erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung

Haidhausen * König Ludwig der Baier erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung. Die Ordnung enthält unter anderem eine Vorschrift, wonach „aus der ganzen Versammlung der siechen Menschen“ ein Hausmeister und eine Hausmeisterin benennen sind, die auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten haben. Die Spital-Insassen müssen ihnen Gehorsam leisten. Übertretungen einzelner Bestimmungen haben zum Teil sehr empfindliche Strafen für die Kranken zur Folge. Disziplinierungsmittel sind vorgesehen. Sie reichen von Geldstrafen bis zu Fasten bei Wasser und Brot, dem Essen auf dem Stubenboden, der Verrichtung von vorgeschriebenen Gebeten - kniend auf dem Stubenboden - in Anwesenheit der anderen Spitalinsassen. Selbst Strafen in der Kcheichen, dem Kerker, bei Wasser und Brot, sind unter bestimmten Umständen möglich. Mit vier Stunden nehmen die religiösen Übungen und Gebete den größten Teil des Tages ein. Die Arbeitszeiten zugunsten des Leprosenheims werden auf dreieinhalb Stunden pro Tag begrenzt. Commissionäre überwachen die Arbeit im Siechen-Spital. Mittelalterliche Spendentätigkeit hat sehr viel mit dem Seelenheil des Geldgebers zun tun. Je größer deren Spendierfreudigkeit ausfällt, desto länger sind die Gebete der Almosenempfänger und desto schneller kommen die Reichen dem „Paradies“ ein Stückchen näher. Das Leprosenhaus ist vornehmlich für Münchner Bürger und die in der Stadt Dienenden bestimmt. Nur sie erhalten hier unentgeltliche Aufnahme und Verpflegung. Für die „Auswärtigen Siechen“ müssen die zuständigen Landgerichte die anfallenden Kosten übernehmen.

Januar 1620 – Die Schanzarbeiten beginnen vor dem Schwabinger Tor

München-Graggenau * Die Schanzarbeiten,beginnen vor dem Schwabinger Tor und verlaufen in Richtung Kosttor. 200 Männer und 300 Frauen werden von der Stadt für die Arbeiten am Festungsbau bezahlt. Straftäter werden nicht mehr des Landes verwiesen, sondern zum Schanzbau zwangsverpflichtet, Bettler und Landstreicher aus allen Rentämtern werden dem Großbauvorhaben zugeführt. Im ersten Jahr sind etwa 2.000 auswärtige Arbeiter in München im Ausbau der Festung beschäftigt.



1. Januar 1669 – Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt ihre Tätigkeit auf

München * Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt endlich ihre Tätigkeit auf. Der in Venedig geborene und dort lebende Holländer Lucca van Uffele wird zum Fabrikdirektor erkoren. Er besitzt wertvolle Beziehungen zur venezianischen Seidenindustrie und bekommt schon deshalb den Titel eines Directore Complimentario und Scriptuali Generali übertragen. In seinen umfangreichen Conditiones heißt es unter anderem: „Van Uffele ist schuldig, der Seidencompagnie alle nötige Seide von auswärts zu bestellen und auf sein Risiko nach München liefern zu lassen“. Darüber hinaus wird er verpflichtet, „so oft eine gefertigte Quantität vorhanden ist, sie gegen Bargeld zu verschleißen“. Liegt der Gewinn unter acht Prozent, hat van Uffele den Schaden zu tragen. Überhaupt ist der Venezianer verpflichtet worden, die Einlagen pro Jahr mit fünf Prozent zu verzinsen. Außerdem soll er die maestranzen [= Meister] aus Italien holen und „eine Anzahl von 2.000 Personen hierländische Arbeitsleuth unterrichten lassen“.

1781 – Von 986 Handwerksgerechtigkeiten ruhen insgesamt 66

München * Von 986 Handwerksgerechtigkeiten ruhen insgesamt 66 - oder 6,7 Prozent. Damit sind Handwerksgesellen oder auswärtige Handwerker, die sich in München niederlassen wollten, gezwungen, sich unter Hofschutz zu stellen, als „Pfuscher“ zu arbeiten oder sich in den Vororten niederzulassen, in denen kein Zunftzwang besteht.

19. Januar 1784 – Der Stadtrat legt dazu eine Reihenfolge des Bierausschanks vor

München * Auswärtiges Bier darf erst dann eingeführt werden, wenn das Bier der Münchner Brauer verkauft ist. Der Stadtrat legt dazu eine Reihenfolge des Ausschanks vor. Im ersten Los darf nur das Bier aus den Kellern der Stadt ausgeschenkt werden. Im zweiten Los wird jedem Brauer freigestellt, ob er sein Bier in der Stadt oder am Gasteig ausschankt. Die Stadtkeller müssen aber vor den Märzenkellern am Gasteig öffnen. Im dritten Los darf das Bier nur vor der Stadt ausgeschenkt werden. Der Brauer, der noch keinen Bierkeller hat, soll einen bauen oder mieten. Außerdem sollen die Brauer über die einzusiedende Biermenge eine Übereinkunft treffen und diese dem Magistrat zur Genehmigung vorlegen.

20. Februar 1799 – Kurfürst Max IV. Joseph zieht umjubelt in München ein

München * Der neue Kurfürst Max IV. Joseph zieht unter dem Jubel der Bevölkerung in München



ein. Der Neue will sich von seinem Vorgänger positiv abheben, aber auch das Land verändern. Er vertraut seinem Berater Maximilian Joseph von Montgelas und lässt ihn nach eigenem Ermessen schalten und walten. Für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas bedeutet das die Chance, das Kurfürstentum Pfalz-Baiern zu einem modernen Staat umzubauen. Da Kurfürst Max IV. Joseph stark zur Bequemlichkeit neigt, kommt ihm das Engagement Montgelas gelegen. Montgelas übernimmt bis 1817 die Aufgaben eines Ministers der Auswärtigen Geschäfte.

21. Februar 1799 – Montgelas übernimmt das Département der Auswärtigen Angelegenheiten

München * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Geheimer Staats- und Konferenzminister das Département der Auswärtigen Angelegenheiten. Damit ist Montgelas Kabinettschef, weil es das Amt des Ministerpräsidenten noch nicht gibt.

20. Dezember 1799 – Der Bierzwang wird aufgehoben

München * Der Bierzwang wird aufgehoben. Damit entfällt die Verpflichtung der Münchner Wirte ihr Bier bei den Münchner Brauereien zu beziehen. Nur bei Biermangel oder wenn der neue Sud noch nicht angesetzt war, durften die Wirte bisher ihr Bier von auswärtigen Brauereien einführen.

1. Juli 1840 – Auswärtige Mütter entbinden in der Münchner Gebäranstalt

München * In München werden in der Zeit von 1826 bis 1840 insgesamt 19.222 eheliche und 16.015 uneheliche Kinder geboren. Fast die Hälfte der unehelichen Geburten geht auf das Konto der von auswärts kommenden Mütter, die in der Münchner Gebäranstalt entbinden.

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht



Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

31. August 1866 – König Ludwig II. legt dem Landtag den Friedensvertrag vor

München-Kreuzviertel * Obwohl ihn die Verfassung dazu nicht zwingt, legt König Ludwig II. den Friedensvertrag dem Landtag vor. Nach einer teilweise hitzigen Debatte wird der bayerisch-preußische Friedensvertrag schließlich von beiden Kammern gebilligt. An diesem Tag werden sowohl der Friedensvertrag als auch das geheime Schutz- und Trutzbündnis unterzeichnet, das Bayern verpflichtet, Preußen im Fall des Angriffs einer auswärtigen Macht durch die Unterstellung der bayerischen Armee unter preußischem Oberbefehl zu unterstützen.

1894 – Die bayerische Staatsregierung lehnt die Leichenverbrennung ab

München * Die bayerische Staatsregierung lehnt die Einführung der Leichenverbrennung in München ab. Noch immer müssen Münchner, die eine Feuerbestattung vorziehen, die hohen Kosten für den Sargtransport zu einem auswärtigen Krematorium akzeptieren. In Frage kommen dafür Gotha, später Heidelberg und Jena.



1910 – Ein Schankkellner wird wegen schlechten Einschenkens verurteilt

München * Ein Münchner Richter spricht sechs „Schankkellner“ mit dem Hinweis frei, dass dem hiesigen Publikum das schlechte Einschenken ohnehin bekannt sei, und „Auswärtige werden es wohl bald erfahren“. Auf Einspruch des Staatsanwalts gibt es später aber doch noch eine Strafe. Sonst hätte nämlich der Verteidiger recht behalten, der argumentiert hatte, Bier sei nichts anderes als eine Mischung von Flüssigkeit und Schaum. „Wenn also diese Mischung einschließlich des Schaumes den Eichstrich erreicht, so bleibt an der einwandfreien Füllung des Trinkgefäßes kein Zweifel“.

April 1911 – Frankreich geht in Marokko militärisch gegen aufständische Berber vor

Marokko * Frankreich geht in Marokko militärisch gegen Gruppen vor, die die Kooperation der Regierung des Scharifenreichs mit den europäischen Mächten bekämpfen. Deutschland sieht darin eine günstige Gelegenheit, seine Interessen in Afrika entscheidend weiterzuentwickeln. Wenn schon die Franzosen ihren Kampf gegen aufständische Berber aufgenommen haben, dann will die deutsche Regierung auf alle Fälle die deutschen Kolonialisten vor den Kämpfern schützen. Und wenn die sich schon nicht bedroht fühlten, dann musste eben das deutsche Auswärtige Amt in Marokko ansässige Firmen auffordern, ein Hilfeersuchen zu stellen, damit man eingreifen kann.

10. Februar 1918 – Leo D. Trotzki beendet die Verhandlungen mit den Mittelmächten

Brest-Litowsk * Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo D. Trotzki, beendet in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Mittelmächten; aus Verärgerung über den am Tag zuvor abgeschlossenen Separatfrieden mit der Ukraine.

24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden

Berlin * Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“



25. Juni 1918 – Die OHL ist aufs peinlichste überrascht

Spa - Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL gibt eine Pressekonferenz, auf der sie erklären lässt, dass sie sich mit den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann vom Vortag nicht identifiziert und diese nicht „der Auffassung der OHL“ entspreche. Im Gegenteil: „Die OHL ist aufs peinlichste überrascht.“

26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrumspartei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

2. Juli 1918 – Ludendorff fordert den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Erich Ludendorff fordert Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling auf, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu entlassen, anderenfalls werde er selbst zurücktreten. Unterstützung durch den schwachen Reichskanzler Hertling wird Kühlmann nicht erfahren.

8. Juli 1918 – Staatssekretär Kühlmann wird vom Kaiser entlassen

Berlin * Kaiser Wilhelm II. versetzt den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, in den einstweiligen Ruhestand. Damit hat die Politik gegenüber den Militärs erneut klein beigegeben. Ein Konflikt mit der Obersten Heeresleitung - OHL wird nicht eingegangen. Die Militärs brauchen die Reichstagsmehrheit nicht zu fürchten.

15. August 1918 – Ludendorff täuscht Staatssekretär Paul von Hintze

Spa - Berlin * Besseres Wissen zum Trotz erklärt Generalquartiermeister Erich Ludendorff dem



neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Paul von Hintze: „Wir sind durch eine strategische Defensive in der Lage, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen, und ihn so mählich zum Frieden zu zwingen“. Das war natürlich eine grobe Täuschung, da Ludendorff längst wusste, dass auf die deutschen Soldaten kein Verlass mehr ist.

2. September 1918 – Reichskanzler Georg Graf von Hertling soll abgelöst werden

Berlin * Die deutschen Bundesfürsten drängen auf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Bundesrat für die Ablösung des aus Bayern stammenden Reichskanzlers Georg Graf von Hertling. Auch der bayerische Kronprinz Rupprecht hält Hertling für zu alt und „so gut wie willenlos“. Außerdem fordern sie sofortige Waffenstillstands-Verhandlungen.

27. September 1918 – Die deutsche Armee steht kurz vor der Niederlage

Nordfrankreich - Spa * Die französischen, britischen und amerikanischen Truppen durchbrechen die sogenannte „Siegfriedlinie“ oder „Hindenburglinie“, Deutschlands letzte ausgebauten Verteidigungslinie. Die Alliierten können damit eine der erfolgreichsten Offensiven des gesamten Krieges verzeichnen. Die Niederlage der deutschen Armee wird unausweichlich. Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt im Heeresbericht verkünden: „Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerielinien erreichen“. Sie sind aber letztlich „an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert“. Er klärt die Reichsregierung über die Vorgänge nicht auf. Lediglich einige jüngere Offiziere der Obersten Heeresleitung - OHL setzen in einem nahezu konspirativen Akt den Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa über die drohende militärische Katastrophe in Kenntnis.

3. Oktober 1918 – Wilhelm Solf wird Leiter des Auswärtigen Amtes

Berlin - Deutsches Reich * Der derzeitige Staatssekretär im Reichskolonialamt, Wilhelm Solf, wird zum Leiter des Auswärtigen Amtes ernannt.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall



Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigen Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

25. November 1918 – Kurt Eisner bricht die diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt

München - Berlin * Noch in der Nacht sendet Ministerpräsident Kurt Eisner ein Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, in dem er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt bekannt gibt: „Die neuerlichen Versuche, die



alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.“

26. November 1918 – Protest gegen Kurt Eisners Kriegsschuldfrage

Berlin - München * Das Auswärtige Amt in Berlin protestiert gegen die Veröffentlichungen von Kurt Eisner zur Kriegsschuldfrage. Dr. Friedrich Wilhelm Muckle, der Bayerische Gesandte in Berlin, droht daraufhin dem Auswärtigen Amt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bayerische Regierung.

28. November 1918 – Ministerpräsident Eisner will das alte System abschaffen

München * Gegenüber den Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten äußerte sich Kurt Eisner so: „Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Überraschung, dass in Berlin die Konter-Revolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konter-Revolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob nichts geschehen wäre. [...] Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. [...] Was im Auswärtigen Amt sitzt, ob es nun alldeutsch ist, oder ob es [...] für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genauso wie während des Krieges.“

13. Dezember 1918 – Wilhelm Solf, der Leiters des Auswärtigen Amtes, tritt zurück

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten nimmt das Rücktrittsgesuch des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf, an. Als sein Nachfolger wird Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau berufen, der aber von Kurt Eisner ebenso „ungünstig“ beurteilt wird wie Solf.

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen



aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichs Ernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

15. April 1919 – Wir leben von der Hand in den Mund

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt seine Gedanken in seinem Tagebuch nieder: „Heute um 3 Uhr große Proletarierversammlung vor dem Wittelsbacher Palais. Von da soll vermutlich die Parole zum Plündern ausgegeben werden. Ich fürchte, wir gehen einer verdammt interessanten Zeit entgegen. Wenn wir heute in einem Jahr noch leben, können wir erzählen, dass wir etwas mitgemacht haben, das nicht alltäglich ist. Aber ich fürchte, es handelt sich nicht um heute in einem Jahr, sondern heute in einem Monat, heute in vierzehn Tagen. Wir leben derart von der Hand in den Mund, dass sich die Sache bald entscheiden muss. Entweder es kommen Truppen von auswärts oder wir verhungern.“
